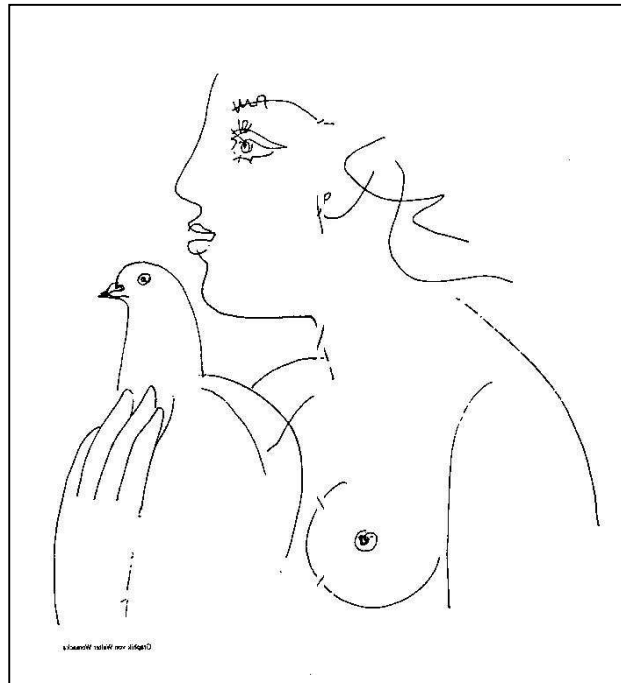


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 51



Gesellschaftskrise

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 30.01.2009

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

„Der Aufschwung kommt bestimmt bei den Menschen an“. „Wohlstand und Luxus für alle“.

Das Kurzzeitgedächtnis muss nicht strapaziert werden, um sich dieser Sprüche von Kanzlerin Merkel zu erinnern. Sprüche, von ihr formuliert und artikuliert, als die Turbulenzen an den Finanzmärkten, vor allem an der Wallstreet, schon nicht mehr zu übersehen waren.

„Wir müssen die Grundlagen des Aufschwungs weiter stärken..., damit die Menschen auf mehr Wohlstand setzen können“, hieß es im Sommer 2007. Und noch ein Jahr später wurden ernste Krisenfolgen als „Konjunkturdelle“ abgetan. So täuschten die Bundeskanzlerin und die Große Koalition die Öffentlichkeit bzw. sich selbst und stritten zunächst noch ab, dass es ernste Probleme geben würde.

Dilettantismus bestimmte das Handeln der Bundesregierung.

Doch die Krise spart die Bundesrepublik nicht aus, deshalb ist nun „Seelenmassage“ gefragt.

In Fragen Manipulation und Irreführung der Massen hat das kapitalistische System hierzulande über viele Jahrzehnte Perfektion erreicht. Das offenbart sich immer wieder besonders in Krisenzeiten und vor Wahlen. Gegenwärtig geht es um Beides. Die von Politik und Massenmedien betriebene „Seelenmassage“ läuft nach Meinung von Insidern zur Hochform auf.

Die Spezifik der derzeitigen Kampagne beschreibt „Der Spiegel“ so: „Das Krisenmanagement findet im Zirkus statt: viel Getöse, Clownerien und Gaukeleien.“ (1) Die „Financial Times Deutschland“ bemerkt: „Die CDU entwickelt sich zur Sammelstelle für die weltweit dümmsten Argumente gegen Konjunkturpolitik.“ (2)

Was bieten „Zirkus“ und „Sammelstelle“?

Der hilfreiche Staat

Bei einem ersten Überblick sind zunächst zwei Akte der Vorstellung zu erkennen.

Der erste Akt:

Im Frühherbst 2008, als die Börsen wiederholt von einem „schwarzen Freitag“ sprechen, wird Schwarz aufgetragen. Immerhin hat das internationale Finanzkapital fünf Billionen Dollar in den Sand gesetzt.

Bundesfinanzminister Steinbrück teilt echauffiert mit: „Die Welt wird nicht wieder so aussehen wie vor der Krise.“ (3) Die Kanzlerin meint:

1) Der Spiegel, 1/2009

2) Financial Times Deutschland, 5. Dezember 2008

3) Die Welt, 27. September 2008

„So eine ernste Lage hatten wir noch nie.“ (4) Und: „Das Jahr 2009 wird ein Jahr schlechter Nachrichten.“ Großbürgerliche Presseorgane titeln: „Panik regiert die Börsen.“ Oder: „Noch nie war so häufig von Panik die Rede wie heute. Und nicht nur Apokalyptiker verheißen uns für die kommende Woche Schreckliches.“ (5)

Steht Deutschland vor dem Absturz ins Chaos?

In den Chefetagen der Banken herrscht Ratlosigkeit. Doch dann besinnen sich die Banker. Ihre Auffassung, der Staat solle sich vom „Markttreiben“ fernhalten, ist vergessen. Sie entdecken den Staat neu, als Retter in der Not. Sie betteln ihn um Hilfe an.

Die Deutsche Bank hat 2008 rund vier Milliarden Euro verloren. Ihr Chef Ackermann hat vorübergehend den Glauben an die „Selbstheilungskräfte“ des Marktes verloren. Er ruft nach dem Staat: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte. Banken allein können die Situation nicht retten. Es gibt nur wenige starke Banken weltweit. Es bringt nichts, Risiken anderer zu übernehmen und selbst in Gefahr zu geraten.“ (6)

Die Öffentlichkeit wird in Angst und Unsicherheit versetzt.

Zwei Absichten werden offenbar mit den tief geschwärzten Schlagzeilen und Erklärungen verfolgt.

Die staatliche Rettungsaktion für das Bankensystem und seine Finanzjongleure soll als völlig legitim erscheinen und bewirken, das Vertrauen der Menschen in dieses System zurückzugewinnen und „Sicherheit“ zu vermitteln. Zum anderen wird die Voraussetzung geschaffen, später sagen zu können, man habe die Lage nicht schöngeredet, sondern gehandelt. Und die Regierung handelt.

Zunächst, wie könnte es auch anders sein, wird dem Finanzkapital unter die Arme gegriffen.

Im Schnellverfahren beschließt eine Bundestagsmehrheit ein Rettungspaket in Höhe von 480 Milliarden Euro. Kapitalhilfen und Bürgschaften werden dienstefrig bereitgestellt, um marode Banken „zu sanieren“. Die Ersparnisse der kleinen Leute werden lediglich mit ein paar dünnen Worten der Kanzlerin „abgesichert“.

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ beruhigt nun die Öffentlichkeit: „Als Retter in der Not wurden die Staaten gerufen. Jetzt nutzen

4) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Oktober 2008

5) Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26. Oktober 2008

6) Financial Times Deutschland, 18. März 2008

sie die Gunst der Stunde. Sie päppelten ihre Banken, stützten ihre Industrien und entfachten einen Subventionswettbewerb. Das wird teuer.“ (7)

Der Öffentlichkeit wird nun verstärkt ein „Sicherheitsgefühl“ suggeriert. Über den Preis der Rettungsaktion wird man später reden.

Doch inwiefern nutzen die Staaten, nutzt die Bundesregierung „die Gunst der Stunde“, wie es in der eben zitierten Zeitung hieß?

Sie setzt alles daran, um den delegitimierten Neoliberalismus, um das System der Deregulierung und Privatisierung zu retten und um das System, das Krisen immer aufs Neue gebiert, am Leben zu erhalten.

Rainer Rupp kommentiert in „Junge Welt“: „Egal, in welchem Land man die verschiedenen Rettungspakete und ‚koordinierten Aktionen‘ analysiert, sie haben alle nur das eine Ziel: Das System, so wie es ist, zu erhalten und den Reichtum, die Privilegien und die Dominanz der herrschenden Klasse zu sichern. Die unteren 80 Prozent der Bevölkerung sollen die Zeche für das spektakuläre Versagen der ‚Eliten‘ zahlen.“ (8)

Die Bundeskanzlerin hat in der „koordinierten Aktion“ die famose Idee, Herrn Tietmeyer, der mit der Hypo Real Estate etliche Milliarden Euro verbrannt hat, als „sachkundigen Berater“ in Fragen Krisenbewältigung zu nominieren! Die Idee wird verworfen. Finanzminister Steinbrück scharf, mit dem schnell geschaffenen „Komitee zur Rettung der deutschen Banken“, Experten um sich. Das sind solche Leute wie Deutsche-Bank-Chef Ackermann, Commerzbank-Chef Blessing und Klaus-Peter Müller vom Bundesverband deutscher Banken. Sie sind bestens vertraut mit der Praxis exzessiver Kreditvergabe, dem Hereinholen höchster Renditen und dem In-den-Sand-Setzen von Milliarden. Die Schuldigen werden mit der „Lösung“ der Krise betraut!

Die Deregulierer von gestern betätigen sich als Neuregulierer von heute, als „Stabilisierer“ der Finanzmärkte!

So nutzt die Bundesregierung mit Hilfe von „Experten“ die „Gunst der Stunde“. Sie saniert die Banken. Sie gewährt ihnen Vollkasko. Sie bietet Garantie für die faulen Kredite der Banken. Sie gleicht mit Steuermitteln die Spielverluste der Banker aus. Deren Verantwortlichkeit wird nicht hinterfragt. Die Voraussetzungen dafür, dass das Profitsystem weiter floriert und die nächste Krise kommt, werden geschaffen. Entscheidende Auflagen im Falle der Inanspruchnahme von Mitteln aus dem 480 Milliarden-Rettungspaket werden nicht erteilt, da walte Ackermann vor. Im übrigen bleiben die meisten Gesetze, die die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte befördert haben, bestehen.

7) Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26. Oktober 2008

8) Junge Welt, 29.10.2008

Ein schüchterner Einwand der Regierung: Die Managergehälter sollen bei einem Gehalt von 500.000 Euro gedeckelt werden! Ein böser Treppenwitz der jüngsten Krisengeschichte.

Die Banker fühlen sich derart ermuntert, dass sie den Staat auffordern, eine „Bad Bank“ (Schlechte- oder Schrott-Bank) einzurichten. Sie soll den Banken die faulen Kredite und windigen Wertpapiere abnehmen, d.h. deren Milliardenverluste sozialisieren.

Als es darum ging, sechs Milliarden für die Einrichtung von Kitas zur Verfügung zu stellen, hieß es, es sei kein Geld da. Als sieben Milliarden Euro gefordert wurden, um den Regelsatz für ALG-II-Empfänger auf 420 Euro anzuheben, wurde erklärt, die Kassen seien leer.

Übrigens: Über leere Kassen kann Bundeswehr-Minister Jung nicht klagen. Sein Haushalt wird von Jahr zu Jahr erhöht. Er wird in diesem Jahr auf 31,1 Milliarden Euro aufgestockt, ganz zu schweigen von den Mitteln, die in anderen Haushalten versteckt sind. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr verschlingen von Jahr zu Jahr mehr Mittel.

In diesem ersten Akt der „konzertierten Aktion“ werden große Teile der Öffentlichkeit ruhig gestellt.

Aussitzen mit „Leitbildern“

Der zweite Akt:

Das „Krisenmanagement des Zirkus“ bietet fürwahr viel Getöse. Das Superwahljahr 2009 wirft seine Schatten voraus. Die Darsteller sind bemüht, im Rampenlicht der Öffentlichkeit eine gute Figur zu machen. Vor allem die Parteien der Großen Koalition, die ja „an der Macht“ bleiben wollen, üben sich vorerst im politischen Clinch, darauf bedacht, Punkte im Wahlkampf zu machen.

Immer neue Ideen zur „Bannung“ der Krise werden erdacht. Wahltaktische Manöver werden geboten. Und es wird palavert.

Die Bundeskanzlerin spricht sich gegen staatliche Stützungsprogramme und gegen Steuersenkungen aus. Pläne der Europäischen Kommission blockt sie ab. Ein sogenanntes Konjunkturprogramm von lediglich 12 Milliarden Euro soll Abschreibungen erleichtern sowie Zinsvergünstigungen und Steuersenkungen ermöglichen. „Wenn die Kanzlerin einen Krisengipfel im Kanzleramt abhält, dann ist jeder drittrangige Lobbyist dabei, sogar Josef Ackermann, aber nicht ein einziger hochkarätiger Ökonom“; merkt „Financial Times Deutschland“ an. (9) Schicksalsgemeinschaft wird deklariert. „Wir sitzen alle in einem Boot“ wird gepredigt.

9) Financial Times Deutschland, 17. Dezember 2008

Die tatsächlich Betroffenen, die letztendlich zur Kasse gebeten werden, bleiben außen vor.

Oscar Lafontaine beschreibt Mitte Dezember 2008 die Situation so: „Alle großen Industriestaaten entscheiden zügig, aber die große Koalition streitet sich und palavert. Wer jetzt nicht handelt, ist verantwortlich für einen zusätzlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit...“

Der Rettungsschirm für die Banken war schon in einer Woche da – bis für die Arbeitnehmer etwas getan wird, werden aber wohl Monate vergehen... (Frau Merkel) will nicht zur Kenntnis nehmen, dass jeder verplemperte Tag Arbeitsplätze kostet.“ (10) Das DGB-Vorstandsmitglied Annelie

Buntenbach fügt hinzu: Wenn es möglich war, Milliarden Steuergelder „gegen die Bankenkrise zu aktivieren, sollte es ein Leichtes sein, die drohenden Belastungen der Bürgerinnen und Bürger abzufangen und damit die Konjunktur zu stützen.“ (11)

Die Kanzlerin übt sich weiterhin im Kohl'schen Aussitzen. Die Krise wird weitgehend verdrängt. Ein zweites Konjunkturprogramm will sie erst im

Januar beschließen lassen. Vorerst will sie die „Lage weiter beobachten“.

Die „Financial Times“ charakterisiert diese Haltung folgendermaßen: „Angela Merkel hat uns jahrelang überzeugend vorgegaukelt, sie sei eine große Europäerin und Staatsmännin...Aber in Krisenzeiten kommen häufig wieder die wahren Charakterzüge zum Vorschein. Heute begegnet uns eine Kanzlerin, wie wir sie als Parteipolitikerin schon lange kannten: verbissen, intrigant und provinziell. Wenn es darauf ankommt, interessiert sie sich nur für sich selbst.“ (12)

Auf die gesamte Regierung bezogen meint „Der Spiegel“: „Die Große Koalition wird selbst zum Rezessionsrisiko.“ (13) Da muss wieder die Psyche her! Den Stellenwert der Psychologie im kapitalistischen Wirtschaftsgebaren hat bekanntlich schon Ludwig Erhard „entdeckt“.

Im übrigen bereitet sich in den trüben Novembertagen das Volk auf Weihnachten und den Jahreswechsel vor.

Angela Merkel will „unser Land wetterfest machen“. CDU-Spitzenkräfte, von ihrer Vorsitzenden inspiriert, überbieten sich im Angebot von Weichmachern.

10) Junge Welt, 16. Dezember 2008

11) Junge Welt, 1. Oktober 2008

12) Financial Times, 17. Dezember 2008

13) Der Spiegel, 50/2008

Der Bundespräsident, der ja wiedergewählt werden möchte, versucht alle zu überbieten. In seiner Weihnachtsansprache strahlt er „Zuversicht“ dafür aus, „dass wir die Herausforderungen meistern werden.“ Er ist froh über „die Gelassenheit“, die er „überall im Land erlebt“ habe. Er stilisiert die Krise hoch zur „Chance“ für eine bessere Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, „in der das Kapital allen zu Diensten ist und sich niemand davon beherrscht fühlen muss.“ (14)

Will der Bundespräsident das Kapital und den Kapitalismus „vermenschlichen“? Will er dem Profitsystem ein „menschliches Antlitz“ verleihen. Oder will er gar ein völlig neues, ein gerechtes Gesellschaftssystem schaffen? Ist er „Hoffnungsträger“ einer „stillen Revolution“?

Er appelliert an die „Millionen von engagierten Bürgerinnen und Bürger, die gestalten und anpacken und füreinander einstehen.“ (15) Jetzt wird schon deutlicher, wohin die Reise gehen soll. Genauer: wer den Karren wieder einmal aus dem Dreck ziehen soll. Und so fügt

Köhler den Appell hinzu: „Wir brauchen Achtsamkeit für das Gemeinwohl. Wir brauchen Anstand, Bescheidenheit und Maß.“ (16)

Die Bundeskanzlerin, die sich in ihrer Neujahrsbotschaft ebenfalls „zuversichtlich“ gibt, spricht von der „Verantwortung aller“. Sie beschwört den „Gemeinsinn“. Deutschland habe schon ganz andere Herausforderungen gemeistert. Als Beispiel nennt sie den Zweiten Weltkrieg und die Wiedervereinigung. Letztere hätte der Bundespräsident nicht erwähnen können. War er doch 1990 als Staatssekretär im damaligen Bundesfinanzministerium verantwortlich für die durch die Treuhand vollzogene größte Enteignungsaktion in der deutschen Geschichte. Köhler hütet sich, derartige Erinnerungen wach zu rufen. Er verteilt lieber Lob und Selbstlob: „Unser Land, seine Bürger und die Politik haben klug und besonnen gehandelt.“ (17)

In der Zeit der Feiertage scheint die Rechnung der Psycho-Akteure aufzugehen – der Einzelhandel ist mit dem Weihnachtsgeschäft relativ zufrieden. „Der Spiegel“ schätzt dieses Phänomen folgendermaßen ein: „Weihnachten war die Abschlussparty zum Ende der fetten Jahre.“ (18)

14) Berliner Zeitung, 24./25./26. Dezember 2008

15) Spiegel online, 24. Dezember 2008

16) Berliner Zeitung, 24./25./26. Dezember 2008

17) Spiegel online, 24. Dezember 2008

18) Der Spiegel, 1/2009

Für Jeden etwas?

In der Woche vor der Hessenwahl wird das ständige Hin und Her in der Großen Koalition erst einmal beendet und ein zweites Konjunkturpaket beschlossen. Mit 50 Milliarden Euro (25 Milliarden pro Jahr) soll die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg „gedämpft“ werden. 20 Milliarden Euro sind für Investitionen vorgesehen, 18 Milliarden Euro für Steuer- und Abgabensenkungen.

Beabsichtigt ist außerdem ein 100-Milliarden-Euro-Bürgschaftsprogramm, um angeschlagene Unternehmen mit „frischem Geld“ zu versorgen.

Als die LINKE im Mai 2008 angesichts der Krisenerscheinungen ein detailliertes 50-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket forderte, wurde sie des Populismus beschuldigt.

Jetzt, da die Krise Deutschland erreicht hat, wird der Beschluss der Bundesregierung vom SPD-Kanzlerkandidaten Steinmeier als ein „Bündnis aus wirtschaftlich Notwendigem und sozialer Gerechtigkeit“ gefeiert. Versteht die Bundesregierung unter „wirtschaftlich Notwendigem“ Investitionen für die Zukunft? Etwa nachhaltige Investitionen in Bildung, zukunftsfähige Technologien, öffentliche Daseinsvorsorge und Ökologie?

Die Große Koalition setzt auf Straßen- und Wegebau, Renovierung von Schulen, Abwrackprämien für Altdautos...

„Es wird in Beton investiert, aber zu wenig in Köpfe und Köpfchen. Eine aufwändig sanierte Schule nützt wenig, wenn es an Lehrern mangelt“, befindet die „Berliner Zeitung“. (19)

Für Investitionen in Kommunen sind 10 Milliarden Euro vorgesehen. Die Länder sollen weitere drei Milliarden beisteuern.

Die Finanzjongleure, die das Finanzsystem kaputt spekuliert haben, werden nicht zur Rechenschaft gezogen bzw. zur Finanzierung eines Konjunkturprogramms mit herangezogen.

Im Gegenteil: Außer dem Rettungsschirm und noch vor der Einigung über das zweite Konjunkturpaket zeigte sich die Bundesregierung gegenüber der Commerzbank besonders spendabel. Die Bank hat sich in der Krise beim Kauf der Dresdner Bank übernommen. 10 Milliarden aus der Staatskasse werden deshalb verschleudert, um die Fusion zu ermöglichen. Der superreichen Allianz, bei der die Dresdner Bank bisher verankert war, bleiben insofern hohe Kosten für die Stützung der Bank erspart. Bereits im Dezember 2008 war die Commerzbank, die an der Börse nur

19) Berliner Zeitung, 14. Januar 2009

3,6 Milliarden wert ist, mit einer Finanzspritze von acht Milliarden Euro gerettet worden. Die Bundesregierung erreichte eine „vorübergehende“ Teilverstaatlichung der Bank. Ausdrücklich verzichtet sie jedoch auf eine Einflussnahme auf deren Geschäftsführung. Die sieht übrigens vor, 20.000 Arbeitsplätze abzubauen!

Das Kapital kann mit solcher Interpretation „sozialer Gerechtigkeit“ vollauf zufrieden sein. 480 Milliarden Euro sind zur Rettung von Banken bereitgestellt. Einzelne Kreditinstitute haben bereits das Angebot genutzt. Im „SPIEGEL“ wird darauf hingewiesen, dass 20 deutsche Kreditinstitute „toxische Wertpapiere“ im Volumen von knapp 300 Milliarden Euro (besitzen), von denen erst rund ein Viertel abgeschrieben wurde.“ (20)

Das Bundesfinanzministerium schätzt, „dass der gesamte deutsche Bankensektor Risikopapiere mit einer Summe von bis zu einer Billion Euro in den Büchern führt.“ (21) Da wird sich wohl der staatliche Rettungsschirm als zu klein erweisen.

Kredite an Unternehmen werden, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich vergeben.

Beschlossen sind 100 Milliarden Euro, die als Kredite oder Bürgschaften an Großunternehmen vergeben werden sollen.

Die Bundesregierung nimmt die höchste Nettoverschuldung seit Bestehen der Bundesrepublik in Kauf.

„Soziale Gerechtigkeit“?

- Obwohl das zweite Konjunkturpaket bewirkt, dass bei der Verringerung der Steuer- und Abgabenlasten vor allem Wohlhabende gewinnen?
- Obwohl die Bundesregierung sich beharrlich weigert, Steuererhöhungen bei großen Vermögen und Spitzeneinkommen zu beschließen, also die Vermögenssteuer wieder einzuführen?
- Obwohl sie im Traum nicht daran denkt, eine Börsensteuer zu erheben?
- Obwohl sie es ablehnt, die um sich greifende Armut zu bekämpfen?

Ihre Auffassung von „sozialer Gerechtigkeit“ schließt ein, Geringverdiener, Rentner und Sozialleistungsbezieher nahezu oder überhaupt leer ausgehen zu lassen.

20) Der Spiegel, 4/2009

21) ebenda

In der Bundestagsdebatte zum zweiten Konjunkturprogramm führte Oskar Lafontaine u.a. aus: „Wer in der Krise nicht in der Lage ist, den Reichen ans Geld zu gehen, der hat in dramatischer Weise bei der Bewältigung der Krise schon jetzt versagt.“ (22)

Das Krisendämpfungsprogramm ist keine „bunte Mischung für jeden etwas“ wie eine bürgerliche Zeitung titelte. „Es zählt, dass es ein Ergebnis gibt, und nicht welches“ (23), meint „Der Spiegel“ irreführend.

Sinn und Ziel der Rettungspakete richten sich unübersehbar nach den Interessen der Reichen und Manager.

Die Bundesregierung hat mit ihren Paketen eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben eingeleitet, die auch künftige Generationen noch schmerzhaft zu spüren bekommen werden.

Staatsmonopolistische Enteignung der einfachen Leute in schwer vorstellbaren Dimensionen deutet sich als „Zukunftsperspektive“ an.

Die Staatsverschuldung der Bundesrepublik ist inzwischen auf über 1,6 Billionen Euro gestiegen. Schon heute muss der Bund 43 Milliarden Euro jährlich an Zinsen zahlen.

Während die deutsche Politik im teuersten Wahlkampf aller Zeiten alles daran setzt, dem Profitsystem neue Anschubkraft zu verleihen und an das Volk Beruhigungspillen zu verteilen, ist die Finanzkrise und die globale Rezession schon längst auf die Realwirtschaft übergesprungen. Und die schrumpft.

Zunächst sind die Autoindustrie und der Maschinenbau spürbar betroffen. Es folgt die Chemieindustrie. Die BASF, größter Chemiekonzern der Welt, verzeichnet den de facto - Zusammenbruch der Nachfrage.

Im September 2008 gehen die Auftragseingänge für die deutsche Industrie um 8,3 Prozent zurück, im Oktober um 6,1 Prozent, im November um weitere 6 Prozent.

Im vierten Quartal 2008 wird ein weiterer deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung registriert.

Dem Exportweltmeister brechen die Märkte weg. Die Senkung der Leitzinsen auf praktisch null durch die US-Notenbank führt zur Aufwertung des Euro und damit zur Verschlechterung der Aussichten des Exportweltmeisters. Die Ausfuhren gehen stärker zurück als befürchtet. Jetzt zeigt sich, wie eng die Volkswirtschaften der einzelnen Kontinente miteinander verflochten sind.

22) Neues Deutschland, 15. Januar 2009

23) Der Spiegel 4/2009

Der Binnenmarkt kann nicht ausgleichend wirken. Vielmehr geht die Inlandsnachfrage infolge unzureichender Kaufkraft zurück.

Wirtschaftsprognosen werden nach unten korrigiert. Die EU-Kommission erwartet für Deutschland den schärfsten Einbruch der Wirtschaftsleistung. 2009 werde das Bruttoinlandsprodukt um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr schrumpfen!

Die Folgen der Krise bekommen die kleinen Leute immer mehr zu spüren.

Im Januar 2009 steigt die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen um 387.000 auf nahezu 3,5 Millionen. Bis Anfang 2009 hatten bereits 100.000 Leiharbeiter ihren Job verloren. Kurzarbeit wird eingeführt. Betrug sie im Dezember 2007 über 9.000 Menschen in 810 Betrieben, so sind es ein Jahr später 300.000 Menschen in mehr als 6.000 Betrieben.

Konzerne schicken ihre Belegschaften für Wochen in Urlaub. Zeitguthaben werden abgebaut. Befristete Arbeitsverträge werden nicht verlängert. Die Zahl der Minijobber steigt auf 6,8 Millionen. Rund 630.000 Arbeiter und Angestellte in Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt, beziehen staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt. Immer mehr bedürftige Menschen sind auf die sogenannte Grundsicherung angewiesen.

„Die Hoffnung, dass sich die Vernichtungskraft auf Finanzjongleure, Spekulanten und die fehlgelenkte Autobranche begrenzen könnte, ist verflogen.“ (24)

Für 2010 sagen Prognosen voraus, dass trotz des demografisch begründeten geringeren Arbeitkräfteangebots mit vier Millionen Arbeitslosen zu rechnen sei.

Ursachen der Krise

Die Bundeskanzlerin klärt die Öffentlichkeit auf: „Man hätte einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt: man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.“ (25)

Wer ist nun aber „man“?

Der Lohnabhängige? Der ALG-II-Empfänger? Der Niedriglohner? Der Rentner? Oder der Banker? Der Konzernmanager? Der Politiker?

Kein Wort von Angela Merkel darüber, dass das internationale Finanzkapital über viele Jahre mit Kredithebeln Blasen produziert hat, die nun geplatzt sind.

24) Der Spiegel, 2/2009

25) HB com, 1.Dezember 2008

Zur Rolle des „fiktiven Kapitals“

Kein Wort darüber, dass „fiktives Kapital“, losgelöst von der Wertschöpfung, allein 2007 mit schier unvorstellbaren 100 Billionen Dollar weltweit per elektronischer Vernetzung spekulierte, um seine unstillbare Gier zu befriedigen.

Aufschlussreich dazu „Der Spiegel“ über die in den Think- Tanks der großen US-Investmentbanken: ...,insbesondere bei J. P. Morgan, wurden die wundersamen Modelle der wundersamen Geldvermehrung erdacht, die nun eines um das andere rasselnd umgestürzt sind wie eine lange Kette Dominosteine.“ (26)

Die Deutsche Bank hat an diesem „Modell“ ihre Aktie.

Die Regierung der kapitalistischen Hauptländer, auch die der BRD, haben diese „wundersamen Modelle“ mit entsprechenden Gesetzen abgestützt und abgesichert.

Kein Wort von der Kanzlerin darüber, dass die Welt zum Objekt der Hedgefonds geworden, dass die Welt vom Finanzkapital in ein Spielcasino verwandelt worden ist.

Kein Wort schließlich darüber, dass sich ein transnationales Finanzkapital herausgebildet hat, das den Regierungen die politische Linie vorgibt.

Der schon erwähnte frühere Präsident der Deutschen Bundesbank Tietmeyer hatte 1996 auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum die Regierungen an ihre Pflichten erinnert: „Von nun an stehen sie unter der Kontrolle der Finanzmärkte.“

Auf die Regierungen ist Verlass. Sie erfüllen ihre Aufgabe als politische Geschäftsführer des Kapitals.

Umverteilung von unten nach oben

Zu den Ursachen der Krise zählt die dem „wundersamen Modell“ entspringende „wundersame Geldvermehrung“ mittels Umverteilung von unten nach oben. So ging in den führenden kapitalistischen Ländern der Anteil der Arbeitseinkommen an den Ergebnissen der Wertschöpfung seit den 1980er Jahren von 70 auf 60 Prozent zurück. Gegenwärtig „verfügen zehn Prozent der Bevölkerung über zwei Drittel des privaten deutschen Nettogesamtvermögens im Wert von 5,4 Billionen Euro.“ (27) Zu dieser Realität trugen nicht zuletzt die Selbstbedienungsmethoden der Manager bei.

Die Einkommensungleichheit ist auf einem der höchsten Niveaus der vergangenen Jahrzehnte angelangt“, stellt der „Sozialbericht der Bundes-

26) Der Spiegel, 48/2008

27) Junge Welt, 8./9. November 2008

republik“ fest. An dieser Entwicklung haben die jeweiligen Bundesregierungen wesentlichen Anteil.

Die „Frankfurter Allgemeine“ hält diesen Zustand für selbstverständlich: „Ungleichheit gehört zur Freiheit, zur menschlichen Natur und zu jeder offenen Gesellschaft. Sie ist eine dynamische Kraft.“ (28)

Die Kohl- und vor allem die Schröder-Regierung, im nachhinein auch die Merkel-Regierung ließen zur Verteidigung dieser - mit Verlaub zu sagen - „Freiheit“ dem Kapital und den Reichen mit Hilfe ihrer Steuerpolitik umfangreiche Vergünstigungen angedeihen. So wurde der Spitzensteuersatz um 11 Prozent gesenkt, die Körperschaftssteuer von 56 auf 25 Prozent reduziert, die Gewerbesteuer abgeschafft, die Vermögenssteuer ausgesetzt. Über 50 Milliarden Euro jährlich wurden und werden auf diese Weise dem Kapital zugeschanzt. Die Merkel-Regierung will da nicht nachstehen und erhöht noch schnell die Freibeträge bei der Erbschaftssteuer zu Gunsten vor allem großer Erbschaften.

Die Konzerne verzeichneten über Jahre eine ausgesprochene Gewinnexplosion. Die Profite stiegen seit 2003 um über 40 Prozent. Die Reallöhne sanken dagegen von 1993 bis 2007 um 8,5 Prozent.

Die Schröder-Regierung verlieh mit der Agenda 2010 diesem Trend einen entscheidenden Antrieb.

Mit dem Auftrag der Unternehmerverbände, die Lohnnebenkosten zu senken, die Sozialsysteme zu reformieren, die Sozialleistungen zu reduzieren und die Bürger zur „Selbstvorsorge“ aufzufordern, erfolgte eine die Lohnabhängigen, die Arbeitslosen, die Rentner – faktisch alle einfachen Bürger treffende Enteignungsaktion. Sie spülte erhebliche Mittel in die Kassen der Spekulanten.

Im Ergebnis der Hartz-Gesetzgebung wurde der Druck auf die Löhne anhaltend verstärkt, die Lohnkosten wurden gesenkt. Der Exportweltmeister sicherte sein Championat durch Lohndumping ab.

Hunderttausende Ein-Euro-Jobber ersetzen immer mehr tarifliche gesicherte Arbeit. Die Reallöhne stagnieren bzw. sinken weiter als Folge der Hartz-Gesetze, der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Inflation. Ständig sank das Rentenniveau bei Bestandsrentnern.

„Stiegen die Renten seit 2003 um insgesamt 1,64 Prozent, so betrug die Preissteigerungsrate im gleichen Zeitraum 10 Prozent – ein Verlust des Renten-Realwerts von über 8,3 Prozent“, konstatiert die Volkssolidarität in dem Buch „Solidarität leben...“ (29)

28) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Dezember 2008

29) zit. In Neues Deutschland vom 15./16. November 2008

Die rigorose Umverteilung von unten nach oben führte zwangsläufig zu einer Schwächung der Kaufkraft und damit auch der Binnenmarktnachfrage.

Geringe Reinvestitionen

Die aus der Ausbeutung der Lohnabhängigen entspringenden Profite genügten dem Kapital nicht. Als ertragreicheres Feld und erspriesslichere Anlagesphäre und damit als günstige Quelle der Bereicherung haben sich die Finanzmärkte erwiesen. So flossen immer weniger der verfügbaren Gewinne der Kapitaleigner als Investitionen in die Realwirtschaft, sondern als „Spielgeld“ in die Finanzmärkte.

Dierk Hirschel, DGB-Chefökonom, kommt zu dem Schluss, dass „zeitweise nur 25 Prozent der Unternehmensgewinne reinvestiert“ wurden.⁽³⁰⁾ Er fügt noch eine bemerkenswerte Tatsache hinzu: „Große Industriebetriebe sind heute vielfach Banken mit angeschlossener Produktionsabteilung. Porsche hat 2007 mit Finanzgeschäften 3,7 Milliarden Euro Erlöst. Das war mehr als mit dem Verkauf von Automobilen.“⁽³¹⁾

Wie hatte doch die Bundeskanzlerin die Ursachen der Krise zu deuten versucht? „Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.“

Eine platte Irreführung der Öffentlichkeit, von Zynismus erfüllt.

Da ist gut beraten, wer bei Marx und Engels nachschlägt. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 ist zu lesen: „Die... bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft... gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“⁽³²⁾ Die Krise gehört zum Kapitalismus. Die Jagd nach Maximalprofit und das Niedermachen von Konkurrenten gehören dazu.

Weshalb das Wort gilt: Die nächste Krise kommt bestimmt. Unter imperialistischen Herrschaftsverhältnissen hat der Turbokapitalismus unserer Tage eine Hexenmeisterei installiert, die unaufhörlich extreme Ungerechtigkeit hervorruft.

30) Junge Welt, 15./16. November 2008

31) ebenda

32) MEW, Dietz Verlag Berlin 1959, Bd. 4, S. 467

Risiko für die Demokratie?

Um überhaupt etwas von staatswegen gegen die Finanzjongleure zu sagen, hat die Bundeskanzlerin erklärt, sie erwarte Moral von den Managern.

Der Bundespräsident hat von „Demut“ gesprochen, ohne zu sagen, an wen er sich eigentlich wendet.

Hannovers Landesbischöfin Käßmann möchte, dass die Gier nach Maximalprofiten und höchsten Renditen durch eine „Ethik des Genug“ ersetzt werde. Der den Mond anbellende Mops dürfte mehr Chancen haben, erhört zu werden.

Inzwischen haben die Finanzjongleure der Deutschen und der Commerzbank sowie von Hypo Real Estate (HRE) reagiert. Sie haben trotz der Milliardenverluste für 2008 satte Erfolgsboni an ihre „besten Spezialisten“, an ihr „bestes Personal“, wie es heißt, in Höhe von vielen hundert Millionen gezahlt! Was darauf hinausläuft, „dass die Bankmanager sich für ihr Versagen vom Steuerzahler auch noch belohnen lassen.“ (33)

Der Begriff „Raubtierkapitalismus“ trifft den Kern der Sache. Schon bei Marx ist nachzulesen, dass das Kapital alle menschlichen Gesetze zertritt, dass kein Verbrechen existiert, das es nicht riskieren würde. (34) Zwei verheerende Weltkriege im vergangenen Jahrhundert sprechen Bände darüber, wie Kapital über Moral und Ethik denkt.

Die Stimmung im Lande reflektieren einige Fakten.

Erstens sind da, wie schon vermerkt, die meisten Bürger mit ihrem Einkommen und dem Sozialsystem „so unzufrieden wie seit 25 Jahren nicht mehr“. Sie sind davon überzeugt, „dass es in den nächsten fünf Jahren noch schlechter wird.“

Erneut wird die Meinung bekräftigt, es herrsche Ungerechtigkeit im Staat. „Laut Umfrage meinen 75 Prozent der Bundesbürger, dass es in Deutschland nicht gerecht zugehe.“ (35)

76 Prozent der Ostdeutschen und 45 Prozent der Westdeutschen vertreten die Auffassung, der Sozialismus sei „im Grunde eine gute Idee.“ „Das Vertrauen in die soziale Gerechtigkeit unserer Gesellschaft ist dahin“, verallgemeinert die „Berliner Zeitung“ (36)

Zweitens wird immer öfter auch von bürgerlichen Medien auf den Widerspruch zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit und

33) Berliner Zeitung, 31.Januar/1.Februar 2009-01-31

34) MEW, Dietz Verlag Berlin 1962, Bd. 23, S. 788

35) Sonntag aktuell, 24. August 2008

36) Berliner Zeitung, 12. Oktober 2008

damit auf das Grundgesetz sowie auf den permanenten Bruch durch die Kräfte des Kapitals hingewiesen.

Auf drei Artikel wird das Interesse der Öffentlichkeit vor allem gelenkt:

1. Da ist der Artikel 20 des Grundgesetzes: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“
2. Da wird der Artikel 14 genannt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ „Seine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“
3. Da wird auch Artikel 15 zitiert: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ (37)

Das Aufspannen von Rettungsschirmen für das von der Krise geschüttelte Kapital und den Neoliberalismus hat die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit für diese Artikel erhöht. Dazu beigetragen haben auch Warnungen von Soziologen, wonach die Perspektivlosigkeit von zunehmend mehr Menschen in diesem Staat als ein „Risiko und Konfliktpotenzial für die Demokratie“ gesehen wird.

Drittens fällt auf, dass immer häufiger in den Medien und in politischen Debatten vom „Kapitalismus“ die Rede ist. Das System wird angeklagt. Es wird die Systemfrage gestellt! Bürgerliche Medien sprechen vom „Aus“ des Kapitalismus, davon, dass er „ausgespielt“ habe. Begriffe wie „Marktwirtschaft“ oder gar „soziale Marktwirtschaft“ werden nur noch selten verwendet.

Aufschlussreich, wie die „Berliner Zeitung“ das Fiasko der globalen Krise kommentiert: „Man muss kein Sozialist sein, um zu sehen, dass der Kapitalismus ausgespielt hat. Man muss nicht der Verstaatlichung von Banken und Konzernen das Wort reden, um in der sogenannten freien Wirtschaft eine Perversion der Freiheit der Märkte und der Wirtschaft zu erkennen. Wenn Freiheit bedeutet, dass jede Wette an der Börse zulässig und die verrückteste, unvernünftigste, destruktivste Wette voraussichtlich die erfolgreichste ist, wenn Freiheit bedeutet, dass Unternehmen ausschließlich als Renditeobjekte betrachtet werden und Arbeitnehmer ausschließlich als Kostenfaktoren – wenn Freiheit also nichts anderes bedeutet als Freiheit zu asozialem Wirtschaften, dann ist Anarchie von Freiheit so wenig zu unterscheiden wie die Mafia von einer sogenannten Bankiers-Elite, die sich selbst noch die Vernichtung der Renten von Millio-

37) GG mit Zwei-plus-vier-Vertrag, Beck-Texte im dtv, Verlag Beck München o.D.

nen Arbeitnehmern mit Bonuszahlungen honorieren lässt. Die Frage ist nicht, wie der Kapitalismus zu retten sei. Er ist nicht zu retten. Ethisch war er schon immer bankrott. Nun hat er sich in den vergangenen Wochen und Monaten an seinen Tatorten - den internationalen Finanzmärkten – vor der Weltöffentlichkeit auch materiell entleibt. Und selbst wenn er zu retten gewesen wäre: Nur Dummköpfe oder Zyniker hätten ihm helfend die Hand gereicht. Nicht die Zukunft des Kapitalismus steht also zur Debatte, sondern allein, was an seine Stelle zu treten habe.“ (38)

Der Kommentator prangert das unmenschliche Wesen des Kapitalismus an. Er geißelt dessen skrupellose Methoden. Er spricht vom Ende eines Systems, das sich „materiell entleibt“ habe. Er ist allerdings, was die Endzeit des Kapitalismus angeht, seiner Zeit voraus. Und nicht „Dummköpfe“ haben dem Kapitalismus die Hand gereicht, sondern die Regierungen, deren Repräsentanten sich als „Elite“ bezeichnen lassen. Es ist die Bundesregierung, die bedenkenlos in die Steuertöpfe greift, um das System am Leben zu erhalten.

Die Frage, wann der Kapitalismus „ausgespielt“ hat und was an seine Stelle zu treten habe, bedarf vor allem der Überwindung der Schwäche des subjektiven Faktors.

Viertens melden bürgerliche Medien: „Marx ist wieder ‚in‘“. Tatsächlich: Marx ist mehr denn je gefragt. Verdreifacht hat sich beim Berliner Karl Dietz Verlag der Verkauf des ersten Bandes des „Kapital“ von Marx. „Wegen der Finanzkrise kaufen immer mehr Menschen das Urwerk ‚Das Kapital‘“, registriert die „Münchner Abendzeitung“ (39)

An deutschen Universitäten bilden sich immer mehr „Kapital“-Lesezirkel. Warum dieses erwachte Interesse für „Das Kapital“?

„Der Hype um Marx ist ganz offensichtlich Ausdruck eines Erklärungsnotstands. Und nicht nur das: Die Finanzkrise hat zu einer Legitimationskrise des Kapitalismus, nicht nur des Neoliberalismus geführt. ‚Ist der Kapitalismus noch zu retten?‘ fragt die konservative Welt und stellt damit wie so viele in letzter Zeit die K-Frage. So grundsätzlich wollten es in den letzten Jahren nicht mal mehr die Linken beim Namen genannt wissen.“ (40)

Angesichts solcher Fakten und der Tendenzen, die sie reflektieren sowie der sich verschärfenden Krisenerscheinungen setzt Bundesinnenminister Schäuble die von seinem Vorgänger Schily angedachten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Schaffung des Überwachungsstaates zielstrebig fort.

38) Berliner Zeitung, 28. Oktober 2008

39) zit. In: ak Zeitung für linke Debatte und Praxis....

40) ebenda

So kam der Einsatz der Bundeswehr im Innern auf die Tagesordnung und wurde zur Fußball-WM und zum G-8-Gipfel in Heiligendamm schon mal geprobt. Unter dem Slogan vom „Kampf gegen den Terrorismus“ wurde das BKA-Gesetz durchgepeitscht.

Der Kapitalismus ist von einer ernsten Gesellschaftskrise erfasst.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise des Kapitalismus verdrängt im Bewusstsein vieler Menschen vorübergehend die Energiekrise, die Hungerkrise in der Welt und die sich verschärfende Klimakatastrophe.

Die Politik der kapitalistischen Staaten ist unfähig, dieser Krisenproblematik im Interesse der Zukunft der Menschheit entgegenzuwirken. Im Gegenteil. Ein Finanzexperte meint, die gegenwärtige Situation ähnele „den Straßen von Neapel zu Zeiten des Müllnotstands.“ (41)

Politikwechsel ist erforderlich

Wer soll eigentlich die gigantische Zeche bezahlen, die im globalen Casino verursacht wurde? Der alte Karnevalsschlager erreicht höchste Aktualität.

Die Bundesregierung mit ihrem eisernen Sparkommissar Steinbrück hegt die Absicht, die das Kapital erwartet: Der Steuerzahler soll als melkende Kuh zur Kasse gebeten werden. Er soll, so die Bundeskanzlerin, sich die Eigenschaften der von ihr vorschwebenden schwäbischen Hausfrau zu eigen zu machen: Solide, sparsam verlässlich! Die Spieler dagegen wollen nicht nur Zechpreller, sondern auch Nutznießer der Krise sein.

Derartigen Absichten setzen Gewerkschaften und linke Organisationen ein eindeutiges Stopp entgegen.

Warum sollte denn nicht das auf so viele Mitbürger so anregend wirkende „Change!“ Obamas auf deutsch programmiert werden können?

Warum soll nicht endlich die immer wieder erhobene Forderung nach einem Politikwechsel zu erzwingen sein?

- Um ausreichend Mittel freizusetzen, mit denen Maßnahmen zur Konjunkturunterstützung finanziert werden ?
- Und endlich Maßnahmen zur Umverteilung von oben nach unten zu realisieren.

Hier eine Zusammenfassung von bisher gestellten Forderungen – zunächst zu Fragen einer Vermögensabgabe:

- Anhebung des Spitzensteuersatzes

41) Der Spiegel, 5/2009

- Einführung einer Millionärssteuer von mindestens fünf Prozent für alles Vermögen, das über eine Million Euro hinausgeht. (80 – 100 Milliarden Euro könnten dadurch jährlich – bei gleichbleibendem Freibetrag – beschafft werden.)
- Wiedereinführung der 1997 von der Kohl-Regierung ausgesetzten Vermögenssteuer (Mindestens 20 Milliarden Euro könnten dadurch jährlich eingenommen werden)
- Aufhebung der wiederholten Senkung der Körperschaftssteuer (das würde jährlich 50 Milliarden Euro einbringen)
- Einführung einer Börsenumsatzsteuer

Die durch derartige Maßnahmen gewonnenen Finanzmittel könnten auf folgende Weise eingesetzt werden:

- Finanzierung von Konjunkturprogrammen in der Bildung, im Gesundheitswesen, für den Ausbau der sozialen Infrastruktur und für den ökologischen Umbau (Klimaschutz)
- Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens acht Euro, Erhöhung der Hartz-IV-Bezüge auf 435.- Euro
- Armutsfeste Grundsicherung
- Anhebung der Renten um vier Prozent

Weitergehende Forderungen sind darauf gerichtet, die Banken, die mit ihrer Gier nach immer höheren Renditen den Kollaps des gesamten Bankensystems riskiert haben, in direktes öffentliches Eigentum zu überführen und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen.

Attac erklärt dazu: „Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie unter öffentliche Kontrolle. Dabei geht es nicht darum, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen, sondern gerade darum, finanzstarken Instituten demokratische Kontrollmechanismen aufzuzwingen. Darum muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden.“

(42)

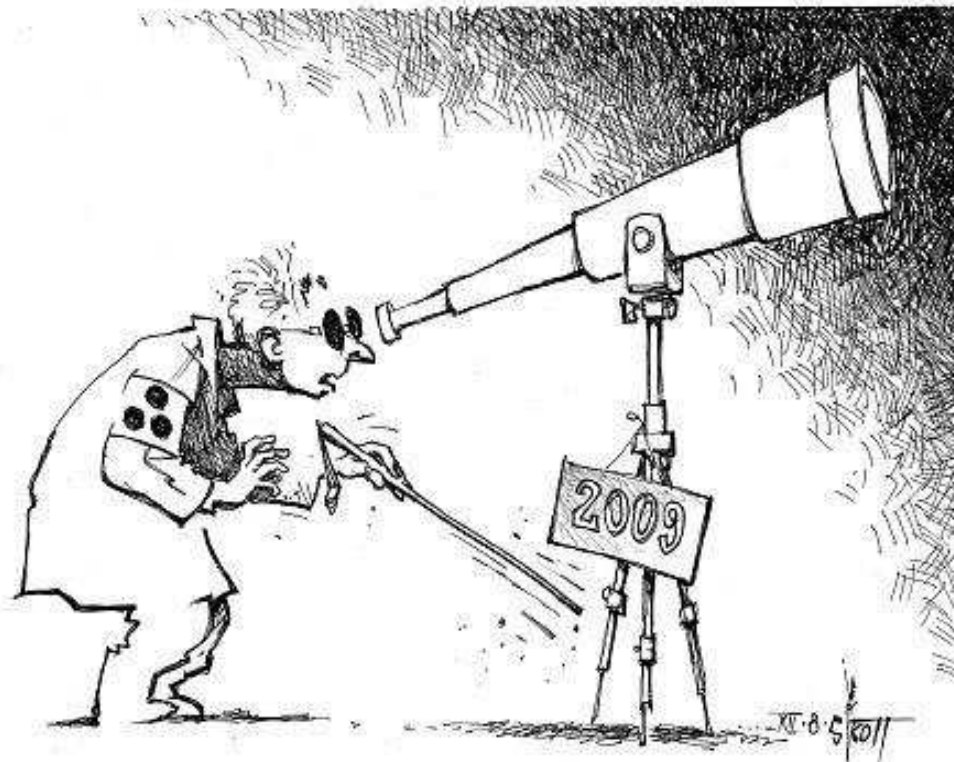
Das setzt voraus, das entstandene „Schattenbankensystem“ aus Hedgefonds, Zweckgesellschaften und anderen unregulierten Finanzakteuren zu verbieten.

Verlangt werden schließlich Steueroasen zu schließen und Wirtschaftskriminalität entschieden zu verfolgen und zu ahnden.

Das Grundgesetz bietet, trotz ständiger Aushöhlung, die Möglichkeit, hier aufgeführte Forderungen verfassungsgemäß zu verwirklichen.

Sollte die demokratische Öffentlichkeit nicht fähig sein - um noch einmal auf Obamas Losung zurückzukommen -, das so oft gehörte „Yes, we can!“ aufzugreifen und entsprechend zu handeln?

Der DGB-Chefökonom Dirk Hirschel sagt, nötig seien eine „neue Rolle des Staates, starke Gewerkschaften und eine soziale Bewegung.“ (43)



Copyright: Berliner Zeitung/Berndt A. Skott

(44)

V. i. S. d. P – Arbeitskreis Frieden der GBM, H. Hörning

43) Junge Welt, 15./16. November 2008

44) Berliner Zeitung, 31.12.2008